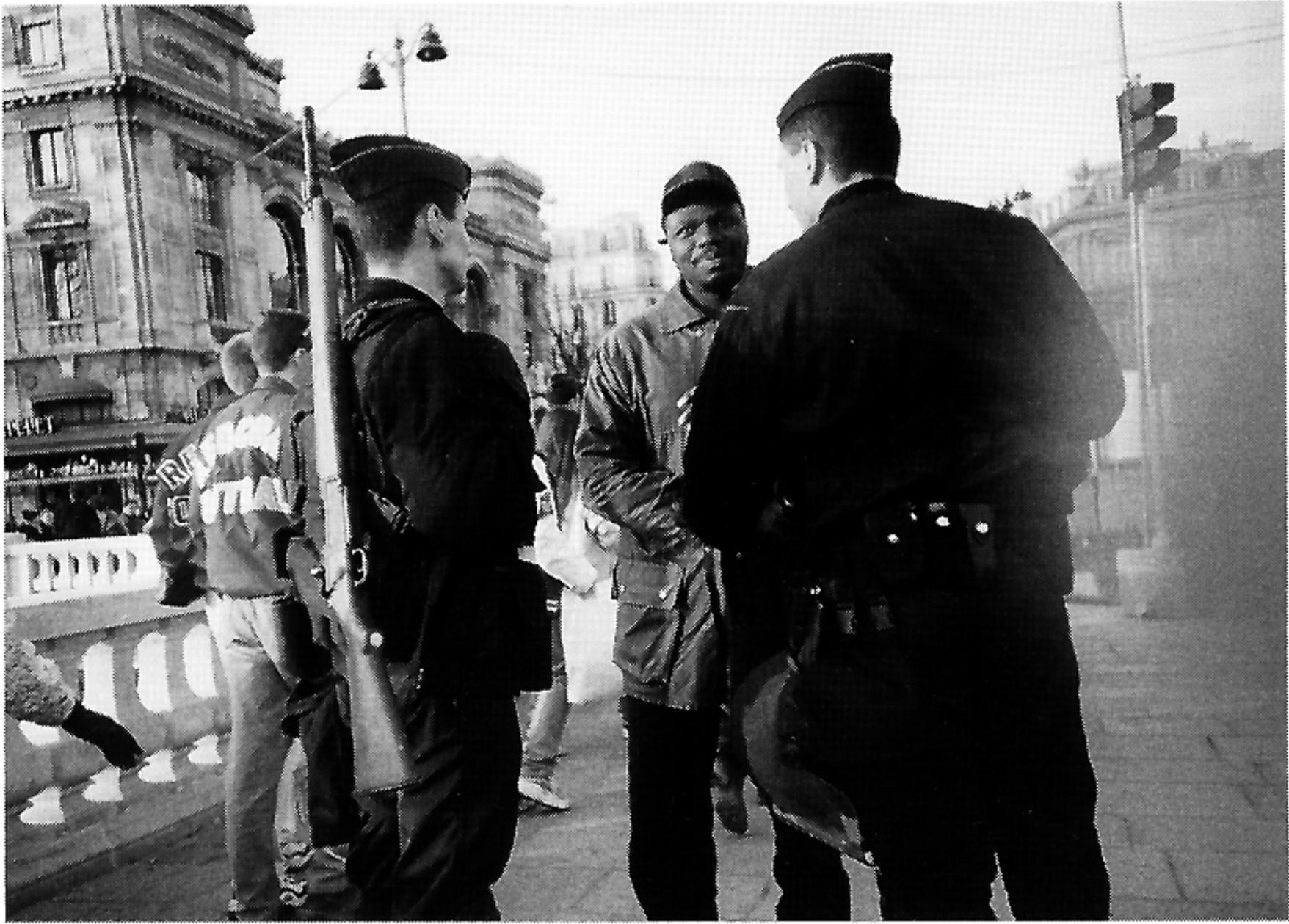




2



3



4

nach den Regionalwahlen vom 15. März. Während die Zeitungen noch im Oktober der Debatte zwischen der „moralischen Linken“ der Petitionäre und der „realistischen Linken“ des Regierungslagers breiten Raum gegeben hatten, finden sich jetzt nur wenige Presseberichte über die „sans papiers“, die vor allem von der „Isolation“ der Bewegung handeln und die „Strategie der Verzweiflung“ kritisieren, die die Besetzungen der letzten Tage bestimmt habe. Es ist eine Stimmung der politischen Schwäche, in der Chevènement erklären kann, die Kirchenbesetzungen seien „ein gefundenes Fressen für den Front National“.

Der Eindruck der politischen Isolation verstärkt sich am Donnerstag nachmittag. Die „sans papiers“ haben zu einer Kundgebung vor der Pariser Präfektur aufgefordert, um gegen die Verhaftungen der letzten Tage zu protestieren. Die Île de la Cité ist vollständig abgesperrt, auf den Brücken parken die Busse der schwerbewaffneten CRS, die U-Bahn-Züge fahren ohne Halt unter der Insel durch, und die etwa 30 Demonstranten, die sich dennoch eingefunden haben, stehen etwas verloren am anderen Ufer der Seine,

neben der Métro-Station Chatelet. Fast sieht es so aus, als würde der linken Regierung gelingen, woran die rechte Regierung gescheitert ist: die Frage der „sans papiers“ lautlos zu erledigen.

Mitte April

Aus *Humanité* und *Libération*, die am ausführlichsten über die Sache der „sans papiers“ berichten (www.humanite.presse.fr und www.liberation.com), erfahre ich: Am 28. März haben Passagiere des Flugs nach Bamako und Ougadougou die Abschiebung von 12 „sans papiers“ aus Mali verhindert. Als den an ihre Sitze gefesselten Gefangenen Mundknebel angelegt werden sollen, kommt es zu einem wütenden Protest der Reisenden, der die begleitenden Polizisten zwingt, das Flugzeug mit ihren Gefangenen wieder zu verlassen.

Dieser spektakuläre Zwischenfall bringt die „sans papiers“ wieder in die Schlagzeilen. Am 7. April, nach weiteren gewaltsamen Abschiebungen, melden sich 147 Filmemacher (die „Ehre des französischen Kinos“, wie Godard sich ausdrückt) zu Wort und fragen die Regierung: „Warum dieser repressive Eifer, wenn es doch so einfach wäre zu regularisieren,

d.h. einen vorübergehenden Aufenthalt für ein Jahr zu gewähren?“

Ja, warum? Mit den Worten des Innenministers handelt es sich darum, ein „starkes Signal“ zu geben, daß Frankreich nicht „toute la misère du monde“ aufnehmen könne. Diese Botschaft, vordergründig den Armen aller (französischsprachigen) Länder zgedacht, richtet sich in erster Linie an das heimische Publikum. Mit Blick auf die starke rechtsextreme Wählerschaft soll der Eindruck einwanderungspolitischer Laxheit vermieden werden. Doch wie die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, sind es gerade die martialischen Versuche, die Immigration zu begrenzen oder auf Null zu reduzieren, die dazu beigetragen haben, das Klima der Verfolgung und der rassistischen Hetze zu schaffen, von dem der Front National profitiert.

Als am 8. April im Parlament die letzte Lesung des neuen Einreise- und Aufenthaltsgesetzes („Loi Chevènement“) stattfindet, ist kaum die Rede von der ungebrochenen Logik des Verdachts, die zwischen guten und schlechten Einwanderern unterscheidet und die illegale Immigration in die Nähe des Verbrechens rückt. Die Kritik der Grünen und der Kommunisten an der Politik des Innenministers erschöpft sich weitgehend in der Klage über die „Methoden“ und „Ineffektivität“ der Ausweisungen, die in den letzten Tagen so viel Aufmerksamkeit erregt haben. Ein grüner Abgeordneter erklärt: „Die Linke verliert ihre Seele – für nichts und wieder nichts. Nicht einmal Pasqua und Debré haben nennenswerte Abschiebezahlen erreicht.“ Ein Mitglied der „Gauche Socialiste“ schlägt vor, Militärmaschinen einzusetzen, um die unschönen Szenen bei den Linienflügen zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang wird auch die Frage aufgeworfen: Wie viele Charterflugzeuge müßten täglich starten, um in absehbarer Zeit 75.000 Menschen außer Landes zu bringen? Wie viele Polizisten müßten eingesetzt werden, um die Illegalen zu verhaften? Der Zynismus solcher Kalkulationen macht immerhin deutlich, daß die repressiven Maßnahmen der Regierung kaum geeignet sind, irgend etwas an der Tatsache der Einwanderung und des illegalen Aufenthalts zu ändern. Das Regularisierungs-Projekt Chevènements wird Zehntausende von Illegalisierten übriglassen. Nach dem Gesetz müßten sie abgeschoben werden. Tatsächlich werden sie jedoch in Frankreich bleiben, wenn auch unter den Bedingungen einer verschärften Repression und Marginalisierung. In dieser Einschüchterung sieht Madjiguène Cissé den Haupteffekt und das kaum verhohlene Interesse der Illegalisierungspolitik:

„Es geht in Wirklichkeit nicht darum, die Leute aus dem Land zu schaffen, sondern ein Reservoir von billigen, weil rechtlosen Arbeitskräften zu erhalten, das vor allem von der Gastronomie, der Textil- und Bauindustrie ausgeschöpft wird. Das betrifft nicht nur ein paar Hinterhofbetriebe. In allen öffentlichen Großprojekten der letzten Jahre, von La Défense bis zur neuen Nationalbibliothek, steckt vor allem die Arbeit der ‚sans papiers‘.“

Unter der Adresse www.bok.net/pajol/ finden sich Informationen über aktuelle Aktionen der „sans papiers“ und ein umfangreiches Archiv mit Zeitungsartikeln und Communiqués aus den letzten zwei Jahren.